

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch
die Post 3 M., monatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Befreiung.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Nummer 333 des amtlichen
Zeitungsbearbeitungs-
Verzeichnisses.
Für die Redaktion verantwortlich
S. S. Albert Berlin in Halle.
[Verlags- und Druckerei mit Berlin und Leipzig.]
Königs-Str. 17b.

Saale-Beitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Anzeigen
werden die Spalte über deren Raum
mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
15 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von anderen Anzeigenstellen aus allen
Anzeigen-Expeditionen angenommen.
Stellen die Seite 60 Pfg.
Erscheint täglich mit Ausnahme der
Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen.
[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur
mit voller Quellenangabe gestattet.]

Nr. 42. Halle a. d. Saale, Donnerstag den 19. Februar 1891.

Berlin und Friedriehshuh.

Ein Berliner Blatt verbreitet in sensationellem Ausmaß die Nachricht, das Staatsministerium habe in seiner letzten Sitzung beschlossen, fortan allen oppositionellen Ausstellungen der „Hamburger Nachrichten“ und der mündigen „Allg. Ztg.“ im offiziellen Regierungsorgan entgegenzutreten, ohne aber die Person des Fürsten Bismarck, der als der Urheber dieser Oppositionsbestrebungen gilt, zu erwähnen. Ein solcher oder ein ähnlicher Beschluss dürfte kaum aus der letzten Sitzung des Staatsministeriums, denn schon vorher hatte der Reichstag, mehrmals Veranlassung genommen, sich gegen die erwähnten Blätter zu wenden. Das Eine aber ist klar: die Regierung ist — schon die Kolonialpolitik des Herrn v. Caprivi hat das beweisen — nicht mehr geneigt, die Angriffe des ehemaligen Kanzlers schweigend über sich ergehen zu lassen; sie will vielmehr den Kampf aufnehmen, den ihr so unerwartet angeboten wird. Fürst Bismarck mag in diesem Hinsicht einen Erfolg seines Ministeriums sehen, denn nur gegen einen beachtenswerthen Angreifer setzt man sich zur Wehr, während man den ungeschicklichen Gegner als quantitativ négligeable behandelt. Aber auch das deutsche Volk kam mit diesem Entschluß der Regierung wohl zufrieden sein, der einer einseitigen Kanonade ein Ende macht. Und was insbesondere die Presse betrifft, so kann sie, wie die „Allg. Ztg.“ zutreffend bemerkt, sich nicht wohl länger der Pflicht entziehen, zu der bemerkenswerten Erscheinung klare Stellung zu nehmen, daß ein Mann von der Autorität und Geltung des Fürsten Bismarck gleichsam als Cenfor jede Wendung der inneren und auswärtigen deutschen Politik mit seinen kritischen Bemerkungen begleitet und dadurch den maßgebenden Männern ihre Arbeit vielfach erleichtert.

Das Weltblatt kommt in seiner hier zitierten Betrachtung zum Resultat, man könne „nur mit Schmerz und Ingrimm“ sehen, wie Fürst Bismarck „nörgelnd und pottern hinter dem deutschen Reichswagen herläuft“. Wir haben zu einer Zeit, wo die Leute der Kaiserin noch jeden sachlichen Widerspruch gegen die ehemalige Kanzlerpolitik als einen Beweis reichthümlicher Gesinnung darzustellen sich bemühen, nach Recht und Pflicht manche Maßregel des Fürsten Bismarck entschieden bekämpfen müssen; wir sind auch heute von dem Wunsche jenes Blattes nach einer „Bismarck ohne Bismarck“ recht weit entfernt; aber eben deshalb können wir auch die heutige Sachlage ganz erheblich kühler und nüchterner ansehen als die Interferenzpolitik, die ihre Sache jetzt durch den übereifrigen Bestand des Kanzlers kompromittirt zu sehen fürchten. Man rechnet mit der gerechten Stimmung, die angeblich an entscheidender Stelle gegen den Einsetzer der Friedriehshuh herrschen soll, und deshalb fürchtet man — mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt — ein entschlosseneres Vorgehen gegen die Interessen der Grund- und Grundbesitzer, der Agrarier und Großindustriellen, gerade weil diese Interessen in den Organen für Friedriehshuh so ungeschicklich feindliche Vertheidigung finden. Auf der einen Seite ist es also seine alten prinzipiellen Feinde, die gegen den Fürsten Bismarck losstürmen, auf der anderen seine ehemals allerniedrigstgehenden Bewunderer, die jetzt seinen unbehaglichen Bestand niederzujagen möchten. Diese so verchiedenartigen Motive sind für uns nicht maßgebend, und so können wir unter vorläufiger Ausdehnung der persönlichen und mehr physiologischen Interessen Momente, in aller Gelassenheit dem Kampfspiel zuschauen, das nun bevorzuziehen scheint.

Unter ungewöhnlichen Umständen ist Fürst Bismarck aus dem Amt geschieden; so dümel in mancher Hinsicht noch die Geschichte seiner allerletzten Regierungsperiode ist, so fest steht doch die Thatfache, daß er nicht freiwillig gegangen ist. Es konnte nicht ausbleiben, daß bei diesem Anlaß dem abtretenden Staatsmann ein recht ausführliches Eidenrezept vorgehalten wurde, und man braucht nur daran zu erinnern, daß Herr Eugen Richter in seinem Werk die „letzte Regierung“ des Fürsten angewendet, der — nach kräftigem Ausruf — „langst das Bild des Alkoholisimus“ (!) gezeichnet habe, um aus dieser und aus unzähligen ähnlichen Witzelstücken zu erkennen, wie wenig sich diese Anekdoten auf einen noch ungenügend Lebenden in sachlichen und angemessenen Grenzen hielten. Die Regierung hat kaum jemals Veranlassung genommen, den früheren Kanzler zu vertheidigen; sie hat darin durchaus sachgemäß gehandelt, denn sie ist auf mehr als einen wichtigen Gebiet von der durch Bismarck gewissen Strafe abgehoben, und wir sind gewiß die Letzten, ihr daraus einen Vorwurf zu machen.

In diesem Augenblicke aber, wo fast schon etwas wie eine Bismarck-Feste, zum größten Gaubium des zukünftigen Ansehens, im Gange ist, erfordert die Gerechtigkeit die Anerkennung gebührender. Fürst Bismarck sah sich schnell von seinen ehemaligen Anhängern verlassen, er sah seine Politik erkennunglos angegriffen und an entscheidenden Punkten durchbrochen, und er wäre nicht — er selbst gemeint, wenn er ein Lebensbrot nicht verweigert hätte, vertheidigt mit der ganzen Lebhaftigkeit seiner eifernden Natur, mit der ganzen Unerschrockenheit seines cholericen Temperaments. Daß er dabei im Interesse seiner Nachfolger ins Amt gearbeitet haben sollte, vermögen wir nicht zu glauben; nicht etwa, weil wir an der leidenschaftlichen Nachbitter des Fürsten zweifeln, sondern weil wir ihn für viel zu scharfsichtig und menschenkundig halten, als daß ihm ein so außerordentliches Bestreben in der Wahl des Mittels zuzutrauen wäre. Hätte er sich freilich auf sein Alibi zurückgezogen und die überaus dankbare Rolle eines großen Reichs-Obermann übernommen, dann war die Möglichkeit eines weiterreichenden Einflusses auf den Gang der Reichsgeschichte nicht ausgeschlossen; mit dem Moment aber, wo er zu der vom Kaiser selbst eingeleiteten Politik in reichhaltigen Widerspruch sich setzte, war an eine Erneuerung enger Beziehungen zwischen dem

Monarchen und seinem ersten Kanzler nicht mehr zu denken. Es hieß, die politische Einsicht des Fürsten Bismarck dem doch alzu sehr untergeordnet, wollte man annehmen, daß er selbst dieses einfache Rationnement nicht ange stellt habe. Er ist offenbar von der Wichtigkeit seiner Politik durchdrungen, und darum tritt er in den ihm zur Verfügung stehenden Organen mit sich selbst in Bezug mit der Hochachtung und für die Aufrechterhaltung der Zwangspolitik ein. Das ist sein gutes Recht, so wenig es sich auch mit seinen früheren Anschauungen über die Unterthanenpflicht der Hingebung an die Politik des Monarchen in Einklang bringen läßt, und wir würden jeden Versuch, ihn an der Ausübung dieses Rechtes zu hindern, außerordentlich bedauern. Ein verächtlicher ausstößlicher Vorwurf, wenn er nicht jetzt allseitig hört, gar nicht unternehmen werden; die Regierung wird sich auf eine sachliche Vertheidigung gegen etwaige Angriffe beschränken, und wenn sie, im Besitze eines ungenügend großen Materials, auch künftig geschieht zu Werke geht, so wird sie gewiß noch öfters in der Lage sein, wie in den Kolonialfragen den Fürsten Bismarck widerlegen zu können — durch den Fürsten Bismarck.

Eine gute Politik vertheidigt sich übrigens selbst und kann auch durch das gewaltige Unsehe dauern nicht geschädigt werden. Am Reiche wie im Auslande weiß man heute, daß der ehemalige Kanzler auf den Gang der Staatsgeschichte feinerlei Einfluß mehr besitzt, daß er ein „der aktiven Politik entrückter Privatmann“ ist. Wo man auf seine Worte hört, da gilt das Interesse der großen Persönlichkeit; das Reich ist dabei in seiner Weisheit irgendetwas verpflichtet. Wenn Fürst Bismarck heute behauptet, ohne die hohen Getreidepreise müsse der Bauernstand, der Port des Reiches, unerschöpflich zu Grunde gehen, so wird ihn die Zukunft eines Besseren belehren, wie ihn die Vergangenheit, seine eigene freischülerische Vergangenheit, schon jetzt belehren sollte, wenn er vor einem angeblich hinter dem Rücken der deutschen Regierung sich vollziehenden Einverständnis zwischen Oesterreich und Rußland warnt, so wird diese Warnung zwar keinen Schaden, wohl aber die Beachtung der Keiter unserer auswärtigen Politik hervorgerufen. Eine Gefahr für das Vaterland erblicken wir in dieser Kritik der Regierungsmäßigkeit ganz und gar nicht; dazu ist unser Vertrauen in die Einsicht der jetzt maßgebenden Staatsmänner ein zu festes und die Ueberzeugung zu sicher, daß es ihnen ohne besondere Anstrengung gelingen wird, ungerechtfertigte Angriffe zu pariren und Lustspiele auf das Haupt desjenigen zurückfallen zu lassen, der sie geführt hat.

In wesentlich anderer Beziehung aber stellen sich die in letzter Zeit nicht eben seltenen Fälle dar, in denen ohne sachlichen Grund die jetzige Regierung als schwach, nachgiebig und unsicher hinzustellen versucht, die Minister verhöhnt und die Gesetze unruhiger Erregung in das Volk getragen wurden. Solchen unrentablen und für die ruhige Fortdauer der Regierungsgeschäfte nachteiligen Bestrebungen begegnen wir neuerdings nur alzu häufig in den Blättern, die vom Fürsten Bismarck inspirirt werden. Daß Fürst Bismarck diesen Bestrebungen fern liegt, wissen wir nicht, weiß niemand; sein Schweigen spricht gegen die Annahme. Und hier zeigt sich die Ungehörigkeit des ganzen Systems, das genau so verwerthlich ist, wie das frühere verhängnisvolle Reskriptieren der Offiziere: der Respekt vor dem eigenen Ruhm und vor der eigenen Größe sollte den Fürsten Bismarck abhalten, sich ohne Verantwortung hinter anonymen Zeitungsartikeln zu verdecken, deren Autorität er nachträglich in aller Unquemlichkeit von sich abwägen kann. Was er zu sagen hat, was er nicht hinunterzuschicken zu dürfen glaubt, das muß auch dem deutlich erkennbaren Exorater seines Ursprunges tragen. Die sachliche Kritik des Kanzlers hat die Regierung nicht zu fürchten und die Bevölkerung kann sich nur Nutzen ziehen, positiven und noch häufiger wohl negativen, der dann wiederum der jetzt geltenden Politik zugute kommen muß. Gestalt Fürst Bismarck aber auch in Zukunft, das wird seiner Fügung unmissantirte Unzufriedenheit genügt und Vergebung betreiben wird, dann werden immer weitere Kreise sich zu dem Satz wenden, der kürzlich an entscheidender Stelle gesprochen wurde: „Es ist nur mit an zu sehen, wie die dieser große Mann seinen Namen zerpflückt.“

Deutsches Reich.

* Berlin, 17. Febr. Gestern Abend wohnten der Kaiser und die Kaiserin in der Villa Urania bei dem Generaladjutanten Reichs-Ministers veranfaßten Aufnahmefestung bei. Heute Vormittag hörte Se. Maj. auf dem Rückwege von einer Spazierfahrt im Unwärtigen Amt einen kurzen Vortrag des Staatssekretärs des Lehrens, Herrn v. Marckhoff, und nahm dann im königlichen Schloße noch die regelmäßigen Vorträge entgegen. Die Kaiserin Friedrich behielt gestern nachmittag das höchste Kronenhaus am Friedrichsplatz. Heute vormittag hatte die Kaiserin Friedrich der Gräfin v. Brunnberg am Morgen aus Petersburg auf der Durchreise wieder hier ein getroffen, von einem Besuch ab. Heute Abend gebent Kaiserin Friedrich mit der Prinzessin Margarete über Köln, Bonn und Coblenz ihre Reise nach England anzutreten.

ad. Berlin, 17. Febr. Aus einer der italienischen Votisch nachbleibenden Quelle erfährt ich, daß das neue Kabinett in Rom unter dem Druck der mehr als misslichen Finanzlage ganz erhebliche Abstreichungen am Budget für Krieg und Marine beschlossen hat. Es bebar wohl seiner weiteren Beweissführung, daß dieser Schritt, welcher dem Dreibrüderprogramm diametral widerspricht, hier in den leitenden Kreisen tief verurtheilt ist. Es werden dadurch den anderen Verbündeten neue Opfer, neue Kränkungen geradezu aufgedrungen. Italien sinkt durch solche Wendung, welche man hier an den beteiligten amtlichen Stellen

leider nicht rechtzeitig vorausgesehen hat, immer mehr auf das Niveau eines unruhigen u. Verbündeten herab, und läßt es sich bezweifeln, daß diese Abtreichungen in Paris und Petersburg freudlich applaudirt werden. Alle Abmachungen des deutschen Vorkrieges sind erfolglos geblieben. Nummer nicht die Eile, mit welcher General v. Caprivi bei seinem Regierungsantritt den Dreibrüder als eine Pflicht der Selbstverpflichtung proklamirte. Besser wäre es gewesen, die anderen Verbündeten an sich heranommen zu lassen, anstatt ihnen den Glauben betrübenden, Deutschland könne dieser Allianzen um keinen Preis eintreten.

Berlin, 17. Febr. Der Ober-Marshallmeister v. Rauch dessen Abtödtung bereits vom Kaiser genehmigt worden, hat wie wir gestern schon in einem Privattelegramm meldeben, nunmehr einen Nachfolger gefunden. Es ist das Graf Wedel, zur Zeit in derselben Stellung am weimarer Hofe. Die bestreite Ernennung, welche offiziell noch nicht bekannt ist, wurde bereits unterfertigt, und wird der neue Ober-Marshallmeister schon in nächster Zeit von seinem Amte Besitz ergreifen.

Berlin, 17. Febr. Bei Hofe und in auswärtigen Amt hat der Versuch des russischen Votischfatters in Friedriehshuh ungenügend verstanden und dem Verdacht nachgerufen, es handle sich dabei um etwas mehr wie um eine verpöbelte Anlaufbeweise. Derselbe war übrigens, wie ich einschalten möchte, schon der Weichhaken an dieser Stelle angeklagt worden. . . Gerüchtweise verlautet, der Graf habe gerade jetzt, wo sich der gegen den Fürsten inszenirte offizielle und offiziöse Preßkrieg verhärtet hat, das Bedürfnis empfunden, ihn mündlich Alexander II und seiner Vertheidigung zu verächteln. Insofern gewinnt diese Unterfahrt ungewissheit eine sehr augenfällige politische Färbung, welche die guten Beziehungen zwischen Berlin und dem Deutschen Reich freilich unter einem eigenhümlichen Gesichtswinkel erscheinen läßt. Am Ende läßt es sich wohl bezweifeln, daß man in der Wilhelmstraße, wo man darauf gerade jetzt besonderen Werth legt, in geringem Grade erbaudt ist.

Aus Dresden erhalten wir in Ergänzung und Verhärtung des gestrigen Telegramms folgende verbürgte Mittheilungen: In den offiziellen Kreisen in Berlin und hier wird der Versuch des Grafen Schwalowoff in Friedriehshuh als das Lebhafteste erörtert. Der russische Votischfatter, ein persönlicher Verehrer und Freund des Fürsten Bismarck, ist bekanntlich einer der vorzüglichsten Diplomaten der Gegenwart, der in irgendetwas schwierigen Fällen nimmermehr Schritte auf eigene Faust hin zu thun pflegt. Siderem Bestreben nach ist er dementsprechend vom Zaren zu diesem bedeutamen Ansehen in den Sachmannen ausdrücklich ernannt worden, und zwar mit Rücksicht auf ganz bestimmte Umstände, welche sich einwischen jedoch noch der öffentlichen Besprechung entziehen. Anlässlich verläutet auf das allerbestimmteste, daß Graf Schwalowoff in Kürze seinen berliner Posten verlassen und in Rußland für eine anderweitige, seinen hoch-aristokratischen Neigungen mehr entsprechende Stellung Verwendung finden wird. Bei Hofe spricht man von einem bevorstehenden Wechsel bereits wie von einer vollendeten Thatfache, und wird die Reise nach Friedriehshuh bis zu einem gewissen Punkte damit in Verbindung gebracht. Graf Schwalowoff sieht sich bei dem Surze des Fürsten Bismarck, den er aufrichtig schätzte, beunruhigt an der Spree nicht mehr wohl. General v. Caprivi, welcher es am guten Willen gewiss nicht hat fehlen lassen, war bei seinem etwas frostigen Naturell nicht in der Lage, sich ebenfalls die Freundschaft dieses Diplomaten zu erwerben, so daß derselbe sich schon seit Monaten mit dem Wunsche getragen hat, diesen ihm unbehaglichen Verhältnissen recht bald enttrickt zu werden. . . Defekt wird er darin noch durch ein unüberlebbares Unbehagen seiner Gemahlin, welche — wenn ich den Ausdruck eines hier anlässigen russischen Fürsten gebrauchen darf — sich aus menschlichen Gründen am besten Hofe nicht mehr wohl fühlt. In gewissen Votischfatters und weiterhin in der berliner einflussreichen Gebieten erfahren die Meinungen über den Hof, an welchem neuerdings viele neue Erscheinungen aufgetaucht sind, überhaupt immer mehr eine Wandlung; es scheint, daß diese kritische Ansehung auch von der Gräfin Schwalowoff geteilt wird. Aus derselben durchaus zuverlässigen Quelle verlautet übrigens, Graf Schwalowoff sei vom Zaren zum Generalgouverneur von Moskau, also zu einem der höchsten Aemter in Aussicht genommen, dessen jetziger Inhaber seines vorgeordneten Alters wegen sehr bald in den Ruhestand versetzt werden soll.

Unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck als politischer Cenfor“ veröffentlicht die Allg. Ztg., wie schon an anderer Stelle erwähnt, einen Artikel, in welchem sie gegen die angebliche Preßfreiheit des ehemaligen Reichskanzlers ihren Tadel ausspricht. Das Blatt sagt u. a.:

„Große Männer gehören nicht sich selbst, sondern der Nation an, und wir empfinden es als eine Verletzung und Verletzung eines jeden Weltbürgers der Nation, als welches wir das Ansehen des Begründers des Deutschen Reiches betrachten, wenn im deutschen Volke sich die Annahme festsetzt, daß Fürst Bismarck ein großer Mann und ein kleiner Mensch sei. Gerade weil uns das Ansehen großer und verbortener Männer als ein kostbarer Besitz gilt, können wir nur mit Schmerz und Ingrimm sehen, wenn Fürst Bismarck, der groß und politisch hinter dem deutschen Reichswagen stand, heute bei der allerbittersten Staatsmann unter Umständen sogar die Pflicht, seine gewaltige Stimme zu erheben; diese Pflicht entsteht aus dem Gedanken, daß man



die Nation einer schweren Kräfte zuteil, der welcher sie nur durch ein tüchtiges Organ eines bewährten Arztes errettet werden kann. Ein solcher Fall soll alle lebendigen Kräfte der Nation zur Verfügung bringen. Aber ein solcher Fall liegt heute nicht vor. Wir haben nicht gewährt, freimütig gegen das, was durch die schmerzliche Zündung der lebenden Kräfte als Reglerpolitik hingekittelt werden konnte, vorganzgeben und auf Abhilfe zu drängen. Aber wir haben uns nie die Überzeugung nehmen lassen, daß unsere Staatsleiter von den reinen Volkstreue die besten und dem besten Willen gegen uns glaubt, daß wir gewillt sind, nach der Stellung und dem Gewissen zur Förderung des Volkes der Gemüthsruhe zu arbeiten. Dieses Bewußtsein ist für uns das einzige Band, welches mächtige und ausdauernde ist als die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten, und wir haben die Gewißheit, daß wir einen gemeinsamen Boden finden werden, sobald die Regierung, die es lieber hat, geteilt werden, daß ihr Standpunkt von einer tendenziösen tabulären Gegenüberstellung vertrieben und überwunden wurde, durch ihre Standpunkte und Erklärungen ihre Gesundheitskraft und ihre Kraft aus den Gewissen der deutschrechtlichen Bestrebungen erweckt. Uns wird eine wohlwollende kritische Tätigkeit lediglich erwünscht, wenn in die freie Meinungsbildung eine verhältnismäßig und begründete persönliche Meinung einbringen wird. Aus allen diesen Gründen sind wir gewillt, zu machen gegen die Verhältnismäßigkeit des großen Mannes, dem das deutsche Volk gern ein ungetriebenes Andenken bewahren möchte, wie es ihm jedenfalls unmerkwürdlich seine Bewunderung und eine dauerhafte Erinnerung bewahrt.

Wie dem B. T. von angeblich zur unterirdischen Seite befragt wird, hätte das Staatsministerium sich in seiner Sitzung am Samstag (gestern) mit der Frage des Fürsten Bismarck beschäftigt. Danach gelangte die Frage zur Erörterung, was die Regierung angesichts der Frage vor dem früheren Reichstag gerichtet Angriffen tun müsse, bezw. wie sie diesen eigentümlichen Angriffen zu begegnen habe. Das Staatsministerium hätte beschlossen, die Pressefreiheit des Fürsten Bismarck schärf in Auge zu behalten und alle seine journalistischen Angriffe fortan im „Reichsbanner“ kritisch zu würdigen. Dabei soll das Prinzip beobachtet werden, daß der Name des Fürsten überhaupt nicht erwähnt, sondern stets nur die freien Blätter genannt werden (Hannoversche Nachrichten). In diesem Sinne werden seine journalistischen Arbeiten veröffentlicht. Von diesem Grundsatze würde sich dann abgewichen werden, wenn Fürst Bismarck selbst direkt aus der bisher sorgsam gehaltenen Anonymität hervortreten und mit seinem Namen öffentlich auftreten sollte. Es wird dem B. T. ferner berichtet, daß ernsthafte Erörterungen darüber, ob sonst irgendwo gegen den früheren Reichstag vorgegangen sei, nicht stattgefunden haben; dieser Gedanke erhebe sich deshalb ausgeschlossen, weil man nicht daran denke, dem Fürsten Bismarck eine Würdentrone aufzusetzen. Die Vermutung, daß Graf Schwalowoff sich im höchsten Antrage nach Friedrichsruh begeben habe, wird als trüblich bezeichnet; der russische Botschafter hat dem Fürsten Bismarck lediglich einen Privatbesuch abgelehnt, und diesen habe der gewählte Diplomat jedenfalls nicht unternommen, ohne sich zu sein, daß man ihm denselben hier an maßgebender Stelle nicht würde. — Der Fürst B. hätte das Staatsministerium unbedingt beschließen, im Zukunft allen einseitigen oder erzwungenen Mitteilungen über die Reichspolitik der jetzigen Regierung oder über auswärtige Angelegenheiten im allgemeinen sofort eine amtliche Verichtigung aus dem Munde folgen zu lassen.

Die „Berl. Pol. Nachr.“, das bekannte Organ des Centralverbandes deutscher Arbeitervereine, hatten gestern die Dringlichkeit, die Mitteilungen über die Heftungen des Kaisers auf dem Tiner bei Capri, sowie die Frage sich auf die Stellung der Großindustriellen zum Arbeiterstand und auf die Erteilung des Zuschlags für Lieferungen von Eisenbahnmaterial an ein englisches Werk beziehen, für „Erfindungen“ zu erklären, weil dieselben im Widerspruch mit den Tatsachen und maßgebenden Verhältnissen ständen. Um den Beweis dafür zu führen, wurde der Cifer der Großindustriellen für die Durchführung der Bismarck'schen Arbeitervereinegesetzgebung in das heilige Licht gesetzt, während der Kaiser nicht von diesen, sondern von dem Arbeiterstande gesprochen hatte. Was die Frage der Vergütung von Eisenbahnmaterial betrifft, so brauchen ja die Großindustriellen, wenn sie sich von der Möglichkeit der ersten Meldung überzeugen wollen, nur bei Minister v. Meißner anfragen, ob der Kaiser auf Grund der auf die Wagener'schen Lieferungen von Eisenbahnmaterial bezüglichen Zeitungsmeldungen den Minister zu einem Bericht über diesen Vorgang angefordert und nach Prüfung desselben seine volle Übereinstimmung mit dem Vorhaben des Ministers ausgesprochen hat. Bekanntlich wurde in Meißner dem englischen Werk Bellows-Bauhaus & Co. der Zuschlag erteilt, da der Ring der deutschen Werke erheblich höhere Preise (25.00—30.00 M. mehr für die Tonne) gebotere hatte, während dieselben deutschen Werke im Auslande, wie sie durch den Eisenlohn nicht gedrückt sind, zu Schlendernpreisen liefern. Dieser Ausbeutung des Staats durch Verabredungen, welche die Konkurrenz ausschließen, hat Minister v. Meißner durch Erteilung des Zuschlags an das englische Werk ein Ziel gesetzt.

Die Heftungen des Kaisers gegen die schätzvollsten Vereinigungen der Großindustriellen, welche in den Organen dieser Vereinigungen angezeigt oder zum Gegenstand einer Polemik gemacht werden, replaziert die Frei. Zig. nach dem, was darüber durch die Presse, namentlich von nationalliberaler Seite und von Seiten der Centralpartei veröffentlicht worden ist:

Nach diesen Darstellungen kam die Rede im Gehrauch auf den Mangel an Kohlenreife der Ruhr. Es wurde darauf hingewiesen, daß dieser Mangel als vorübergehender Mangel von den Großindustriellen gefehlt werde, um den Eisenbahnminister v. Meißner zu stützen. Meißner habe sich den Joun der Schutzvereine zugezogen, weil er sich von dem Eisenreife die Rede nicht habe bitten lassen wollen und deshalb hängt ein amtsdienliches Wert den Zuschlag für Eisenlieferung zeitig. Der Kaiser bemerkt, daß ihm dies sehr wohl bekannt sei, und daß Meißner sehr recht daran getan habe, dem Eisenreife entgegenzutreten. Solche Dinge sind anzuhaltbar und ungesund. Der Gewerbetreibende solle auf den Gehrauch des Kaisers rechnen; dem habe die Erteilung der Zuschläge. Aber einzelne Gewerbetreibende dürfen nicht auf Kosten der Allgemeinheit bevorzugt werden.

Die Ernennung des Herrn Göring zum Chef der Reichstanzlei an Stelle des Herrn v. Rottenburg ist bekanntlich durch den Fürsten Bismarck in den „Hamburger

Nachrichten“ bemängelt worden. Hiergegen wendet sich der parlamentarische Korrespondent der „Breitauer Zeitung“, indem er schreibt:

Herr v. Capri ist seit 42 Jahren Soldat; dem politischen Leben hat er nur in den wenigen Jahren angehört, während denen er Chef der Administration war, und auch in dieser Zeit ist er in die politischen Kämpfe nicht sehr tief eingedrungen. Jedoch ist er der Beamtenpolitik für die gesamte Zeit in Deutschland, der in der Administration Weisheit weiß. Jeder neu ernannte Minister pflegt sich einen Geheimen Rath nachzugehen, zu welchem er nicht allein amtliche, sondern auch persönliche Betreuungen hat. Als Herr v. Bismarck im Jahre 1872 Minister der auswärtigen Angelegenheiten wurde, berief er seinen Vertrauten v. Meißner, schon nach wenigen Wochen als Vortragenden Rath; später machte er seinen Sohn zum Staatssekretär. Herr v. Buttner hat den Herrn von Holtz mit sich gezogen durch das Oberpräsidium von Schlesien, durch das Kultusministerium, durch das Ministerium des Innern. Ich weiß keinen Minister, der es nicht ähnlich gemacht hat. Nun ist Herr Göring mit Herrn v. Capri tief in Verbindung; unter diesen Umständen ist nichts anders möglich. Herr Göring ist ein fleißiger, unerschütterlicher, wohl erprobter Beamter, ist eine durch seinen fleißigen Sinn dem Staatler wertvollere Natur. Nichts ist natürlicher, als daß Herr v. Capri ihm sein Vertrauen schenkt hat. Er würde es ihm sicher in derselben Weise schenken haben, wenn zufällig Herr Göring Hochschulschüler wäre.

Die „Nat.-Zig.“ bemerkt zu dem gestern erwähnten Ersatze des Handelsministers in Sachen des rheinisch-westfälischen Kohlenreife:

Der Herr Handelsminister hat in seinen Sätzen, daß bisher unter dem rhenisch-westfälischen Kohlenreife kein Quantitätsverhältnis des Landes an Kohlen des Landes vorliege; unter solchen Umständen scheint uns eine Maßnahme, wie die berichtete, welche trotz des Vermerks „vertraulich“ nicht geheim bleiben konnte, unter den heutigen sozialpolitischen Verhältnissen keineswegs verstandlich. In den nächsten Verhandlungs-Veranlassungen wird das ministerielle Schreiben vornehmlich ausgeführt werden!

Die „Kön. Zig.“ aber räumt ein, daß über die Beendigung der Konferenz nach dem Auslande, z. B. nach Paris, für Gaststellen gefordert wird, ist, führt aber zur Entschädigung an, daß das in Erfüllung von Verträgen geschähe. Gehen denn aber Verträge mit dem Auslande den Verträgen mit dem Inlande vor?

Gegenüber der in der letzten Zeit in der Presse und in parlamentarischen Kreisen vertretenen Auffassung, daß die jetzige Landtagssession zu oder bald nach Pfingsten werde geschlossen werden können, indem man sich mit der Durchsetzung der Steuererträge und der Landgemeindeordnung begnüge und auf den Rest, namentlich das Volksschulgesetz, verzichtete, schreiben die „Berl. Pol. N.“:

Sowohl man dabei von der Annahme ausgehen sollte, daß die Landtagssession bis zum Ende des Monats Juni im Inlande im Verzuge sei, so ist es nicht die beste Maßnahme, sämtliche Reformgesetze einschließlich des Volksschulgesetzes in der laufenden Session zum Abschluß zu bringen. Insbesondere hat auch der Kaiser sich in diesem Sinne ausgesprochen. Die Länge der Session wird daher wesentlich davon abhängen, in welchem Tempo die Landesgesetzgebung die ihr gestellten Aufgaben zu bewältigen vermag. Sollte der Gang der Verhandlungen über das Einkommensteuergesetz nicht vortäuschlich sein, so darf daher auf eine lange Session mit Bestimmtheit gerechnet werden.

Nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Untergeschichte über die Ergebnisse ihrer Verhandlung des Militär-Etats für 1891/92 sind an dem letzteren, soweit das Ordinarium in Betracht kommt, 7,931,708 M. geteilt worden. Die Hauptposten sind 3,879,500 M. und 1,905,887 M. entfallen auf die Unteroffiziersprämien bezw. die Geldvergütung zur Beförderung von Dienstverträgen. Es sind jedoch infolge der letztere Erziehung herbeiführenden Beschläge 292,809 M. bei der Naturalversorgung und dem Garnisonverwaltungs- und Servicewesen zugelegt worden, so daß sich die effektive Streidung im Ordinarium auf 7,638,894 M. beläuft. Im Extra-Ordinarium sind 1,419,000 M. geteilt worden.

Die lange Hinausschiebung der Entscheidung über die Sperrgezevorbereitung begünstigt mancherlei Vermutungen und Unterstellungen hervorzurufen. Die „Frei. Zig.“ ist einer konservativen Plan auf die Spur gekommen, die Sperrgeze mit den Getreidefällen derart zu verknüpfen, daß die Konventionen das erstere Gesetz nur dann zustande bringen können, wenn die letztere im Reichstag widerstand gegen eine im Ermessung der Getreidefälle enthaltenen Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn zu leisten; nöthigenfalls würde das Sperrgeze mit in die nächste Session verschleppt werden. Auch das Volksschulgesetz wird in diese Kombinationen hineingelegt. Es zeigt dies wieder einmal von der Unfähigkeit unserer parlamentarischen Verhältnisse. Anstandslos und allerlei Deutungen hervorruft es es allerdings, daß die schon vor geraumer Zeit gewählte Sperrgeze-Kommission noch nicht eine einzige Sitzung gehalten hat.

Sehen seit einer Reihe von Jahren ist der Reichstag ohne weiteres über die Massenpetitionen gegen den Impfwang zur Tagesordnung übergegangen. Um so größerer Aufsehen hat es hervorgerufen, daß die Petitionskommission gellen beschließen hat, die Petitionen dem Reichstanzler zur Kenntnismahme zu überweisen.

Die Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses erhebt am Montag abend den Rest des Eisenbahnetats und genehmigt durchweg die Vorschläge der Regierung. Eine längere Debatte entstand aber der Rest der jetzt auf den rhenischen Bahnen hauptsächlich in Anwendung befindlichen Carpenter-Dremie. Von Seiten des Regierungskommissars wurde bemerkt, daß diese Dremie den Bau allerdings etwas höher zum Stehen bringe, als andere Systeme; daß aber sie jetzt in allen schwierigen Situationen sich die Carpenter-Dremie bewährt habe, wie auch die einfache Konstruktion und die Sicherheit der Wirkung beim täglichen Gebrauch gerade diese Dremie dort anderen Systeme. Es fanden übrigens fortwährend Berichte mit anderen Systemen statt, die Staatsregierung würde nur nach sorgfältiger Prüfung, sobald sie sich von der größeren und zuverlässigeren Leistung eines anderen Systems überzeugt, einen Wechsel eintreten lassen.

Die Volksschul-Kommission verhandelte am Montag abend über Lehrerentlohnungen und Alterszulagen. Es wurde beschlossen, zu bestimmen, daß das Grundgehalt der Lehrer und Lehrerinnen für jeden Schritt mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse und längeren Dienstverhältnis in Ausnahmefällen mit besonderem Wirkungskreis nach der Beschaffenheit der Schularbeit der Gehälter durch die Bezirksregierung im Einvernehmen mit

dem Bezirksamt festzusetzen ist, und zwar nach Maßgabe des Gemeindevermögens und ist die Befreiung abweichend von dem letzteren erfolgen soll, bezüglich der Lehrer an Landgemeinden des Kreisamts. Die Bezirksregierung und Bezirksamt sind nicht einzeln, so hat der Unterrichtsminister nach Anhörung des Oberpräsidenten das Grundgehalt zu bestimmen. Die Alterszulagen sollen fünf Jahre nach dem vollendeten 40ten Lebensjahre über 10 Jahre nach Eintritt in den öffentlichen Schuldienst bestimmt werden. Die Alterszulagen des Reichstages erst nach vollendetem 10. Dienstjahre beginnen lassen. Die Bestimmungen, wonach bei Verlegung der Alterszulagen dem Lehrer die Gründe schriftlich mitzutheilen sind, wurde gelassen.

Nach einer Meldung der „Hamburger Nachrichten“ aus Sanftor sah Kaddatz an der ihm zur Zeit gegen Ermordung des Sozialdemokraten unzulässig sein.

In Sanftor verurteilt nach einem Telegramm der „Times“, daß dort heftige Kämpfe zwischen William und den Schülern am Klimatechschule vorübergegangen sein und daß beide Teile schwere Verluste erlitten hätten. William lehre nach der Kiste zurück. Das deutsche Konsulat in Sanftor unterrichtete privatim die Angelegenheit des verstorbenen Deutschen Kaddatz, welcher eine Hegeklavin ermordet haben soll. Die Aufregung in der Bevölkerung bauert fort.

Die Wombon-Gazette bringt einen Artikel, in welchem ausgeführt wird, daß ein Zoll von 5 Proz. auf die in Deutschland eingeführten Waren den kaiserlichen Handel und die in diesen Tagen im Lande der Reichstagsarbeiten des Reiches eine günstige Entwicklung dieses Handels sei abhängig von der freien Einfuhr der Waren in die Staaten des in den deutschen Besitz befindlichen Landes. Die britische Ostindien-Gesellschaft behält eine lange Kistenlinie mit dem Namen Wombon. Die Wombon-Gazette glaubt aber nicht, daß der Reichstag dieses Gebietes für den indischen Handel von Vorteil sein werde. Der nördliche Teil des genannten Gebietes ist dem Bundesbezirk noch nicht eröffnet; der nördliche Teil sei dem nördlichen indischen Teil, der aus fünf bequemeren Seiten leicht zugänglich ist. Der nördliche Teil habe nur einen einzigen Hafen, der gehörig und sicher zugänglich, der Bau von Eisenbahnen sei schwierig, jedenfalls werde er große Kosten verursachen.

Die Kampferkennung des Kongresses deutsch er Landwirthe bezüglich getreue einflussige eine Resolution, worin Landwirtschaft zur Abwehr der sozialdemokratischen Agitation unter der Landbevölkerung empfohlen werden. Der anwesende Minister Hebel erklärte, über ihre Wünsche habe die Verammlung seinen Zweifel gelassen, daß ihnen Recht beigelegt werde, habe er bereits an anderen Orten ausgesprochen.

W. W. Aus Somburg schreibt man uns: Am Donnerstag (19. d.) wird Graf Waldersee, der Kommandeur des Xanten Armeekorps, in Begleitung seiner Gemahlin in Altona eintrafen. Alle Anstrengungen, er werde in kurze seine Abschied nach Norden oder habe denselben bereits verlangt, beruhen auf Erschöpfung. Niemand scheint er sich hier auf einen längeren Aufenthalt einzulassen. Die Ueberführung des Meublements soll bereits Anfang n. B. erfolgen.

Wie aus Kiel verkehrt, wird ein der Schiffe des in Hongkong eingetroffenen Kreuzer-Geschwaders nach Chile befristet werden.

Nach der „Angsb. Abendztg.“ betragen die Heberische in der XIX. russischen Finanzperiode für die Jahre 1888 und 1889 etwa 43 Millionen Mark. Die Heberische der XVIII. Finanzperiode betragen 23 Millionen Mark.

Nachdem von einiger Zeit der Reichstag um die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin und das preussische Abgeordnetenhaus um eine solche am pharmazeutischen Studium würden zu erlangen, liegt jetzt ein Antrag vor, unter welchem die Errichtung eines Mädchengymnasiums oder die Zulassung des weiblichen Geschlechts zur Ablegung des in den bestehenden Gymnasien eingetragenen Maturitäts examens in Antrag gebracht wird.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

68. Sitzung vom 17. Febr. 1. Uhr.

Die zweite Verhandlung des Arbeitervereinegesetzes wird fortgesetzt bei 10 1/2, wonach der Bundesrat für gewisse Ergänzungen des Gesetzes im Interesse der Arbeitervereine einen Antrag zu stellen hat, unter welchem die Errichtung eines Mädchengymnasiums oder die Zulassung des weiblichen Geschlechts zur Ablegung des in den bestehenden Gymnasien eingetragenen Maturitäts examens in Antrag gebracht wird.

Ein Zusatzantrag Dr. Güttschlich (Hr. Sönte (Volksp.) gibt dem Reichstage das Recht, diese Bestimmungen des Bundesrats ohne Antrag zu stellen.

Ein Antrag Bebel will solche besonderen Ausnahmen durch den Bundesrat auf solche Gewerbe beschränken, in denen Arbeiter vorkommen, welcher ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Anbruch nicht gestatten.

Abg. Dr. Göttschlich (Hr. Sönte) theilt die Bedenken des Vorredners wegen der Saisonarbeit, inwiefern diese mit dem Ansehensrecht des Bundesrats nicht vollständig vereinbar sei, mit. Doch es aber nicht da, wo es wirklich nötig sei, angewandt und sonst widerrufen werde, bezweifle sein Antrag.

Abg. Dr. Hartmann (nl.) befragt dagegen gerade eine Verdrängung der Saisonarbeit, inwiefern diese mit dem Ansehensrecht des Bundesrats nicht vereinbar sei, inwiefern diese mit dem Ansehensrecht des Bundesrats nicht vereinbar sei, inwiefern diese mit dem Ansehensrecht des Bundesrats nicht vereinbar sei.

Abg. Dr. Baumbach (Hr.) tritt diesen Ausführungen entgegen. Der Reichstag habe sich stets bei seiner Arbeitervereinegesetzgebung und auch bei anderen Gesetzen auf den Standpunkt gestellt, besondere Bestimmungen des Bundesrats außer Acht lassen zu können. Ist er von diesem Standpunkt nicht Gebrauch gemacht worden, es handle sich aber um die konstitutionelle Bedeutung der Sache. Der Reichstag dürfe kein konstitutionelles Recht nicht aus der Hand geben. Die Arbeitervereinegesetzgebung sei gerade nicht geeignet für ein Vertrauensvotum für den Bundesrat.

Abg. Bebel (So.) befragt, ob der Bundesrat auf die Kontinuitätsbestimmungen der Arbeitervereinegesetzgebung nicht verzichten würde und daß für Kontinuitätsbestimmungen von Gewerben Ausnahmen zu lassen werden würden.

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Schrader (dir.) hält eine Vergrößerung der Gewerbe, für welche Ausnahmen zulässig sein sollen, wie sie der Antrag Vebel... Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Schluss 5 Uhr.

Brennführer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 17. Febr. 11 Uhr.

Das Haus legt die Beratung der Einkommensteuervor-... Das Haus legt die Beratung der Einkommensteuervor-

Der Antrag Richter würde die Durchführung der Steuerreform... Der Antrag Richter würde die Durchführung der Steuerreform

Abg. v. Hüne (Str.): Der Satz von 4 Proz. ist durch-... Abg. v. Hüne (Str.): Der Satz von 4 Proz. ist durch-

Unmöglichkeit auf, welche bisher gegen die niederen Einkommen... Unmöglichkeit auf, welche bisher gegen die niederen Einkommen

Abg. v. Hüne (Str.): Ich würde am liebsten für die Regie-... Abg. v. Hüne (Str.): Ich würde am liebsten für die Regie-

Abg. Dr. Sartorius (natl.): Ich erkläre mich in erster Reihe... Abg. Dr. Sartorius (natl.): Ich erkläre mich in erster Reihe

Abg. Müller (natl.): Ich erkläre mich in erster Reihe... Abg. Müller (natl.): Ich erkläre mich in erster Reihe

Abg. v. Hüne (Str.): Der Satz von 4 Proz. ist durch-... Abg. v. Hüne (Str.): Der Satz von 4 Proz. ist durch-

Abg. Dr. Sartorius (natl.): Ich erkläre mich in erster Reihe... Abg. Dr. Sartorius (natl.): Ich erkläre mich in erster Reihe

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-... Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-... Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-... Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-... Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-... Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-... Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-... Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staats-

Gelegenheitsverkauf. Reinwollene Tricot-Tailen und Blousen J. Lewin, das Stück 150 Pfg. 4 Markt 4.

Gestickte Einsegnungsröcke 1,25—12,00.
Seidene Einsegnungstücher mit Spitze 0,60—6,00.

Ph. Liebenthal & Co.

Untere Leipzigerstrasse 103.

Atelier für Herren-Moden!

Den **Eingang** meiner **Neuheiten** für die **Frühjahrs- und Sommer-Saison** in **deutschen, englischen und französischen Stoffen**, beehre ich mich hiermit ganz ergebenst anzuzeigen.

Halle a. S., den 17. Februar 1891.
Gr. Steinstrasse 16
vis-à-vis „Café Bauer“.

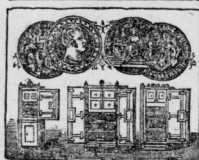
F. J. Schultz.

**Confirmanden-Hüte,
Handschuhe und Cravatten**

empfiehlt

Christian Voigt,

Halle a. S., Schmeerstraße 33/34.



Chr. Böttcher,
Halle a. d. S., Lindenstraße,
empfiehlt feuer u. diebstahlsichere
Geld- und Bücher-Schränke
mit Stahlpanzer in nur bewährter
Ausführung, desgl. Cassetten, complete
Tresor-Einrichtungen für Banken.
Kunst. Preislisten franco.

Herm. Graeger Nachf.

Inh. August Hoske.
Fabrik für

Bierdruckapparate.

Permanente Ausstellung.
Größtes Specialgeschäft am Platze.

Feinste Rügenwalder Gänsebrüste,

Aboldey Gänseleber und ff. Teuffelsleberwurst, ff. Braun-
schwäbischer Cervelat, Weiss, Anas und Scherwurst, ff. deli-
caten Rackschinken und gef. Schinken, Junge, Moradella,
echt Thüringer Noth- und Jungezwirf.
Täglich frische Frankfurt- und Braunkrüder Siedewürstchen,
Braunschweiger Rauchbuden.

Straßburger Gänseleberpasteten,

per Terrine von 1,70 Mk. an.
Feinsten Altrach, Pericariar, per Pfd. 10 Mk.
Großköstigen Altrach, per Pfd. 4,50 Mk.

Delicateßheringe

in Bonillon, Champignon, Senf, Mirer-Bissles, Tomaten
und Weinsauce, per Dote 1,20 Mk.
Mal, Sachs, Sumner in Gelée, per Glas von 1,20 Mk. an.
Mitt. Sardinen, per Glas 40 Pfg. Christ-Anchovis, per Glas
40 Pfg. Berliner Mollschabe, per Glas 6—10 Stück, 50 Pfg.
Nürnb. Schinkenauflauf, per 1 Bund-Glas 50 Pfg., Ems-
burger Fäulen-Neunungen, per Stück 40—50 Pfg.

ff. iattigen Schweizer, Holländer, Camer, Roquefort,
Camembert, Neuchâtel, Schlotz, Straßburger, Schachtel,
Goldbinder, Kräuter- und Hühnerkäse, Wiener Appetit-
käsechen, Nieheimer Weinkäsechen, echt Mainzer Sandkäse
empfehlen

Gleim & Windmüller,
Leipzigerstraße 95/96. — Fernsprecher 534.

Haupt-Contor: **Louis Sachs** Zager u. Werkstätten:
Thüringerstr. 2. Thüringerstr. 2.

Fernsprecher 316.

Halle a. S.

Fernsprecher 316.

empfiehlt: I Träger in allen Profilen, desgl. L und Walzeisen,
gusseiserne Bausäulen, Unterlagsplatten, Anker etc., Wellbleche,
bei billigster Preisberechnung und schneller Lieferung.

Baueisen- und Wellblech-Constructionen, eiserne Treppen aller Art
werden sachgemäß mit angefertigt.



Bis 500 mm hoch und 14 Mtr. lang.

**J. Lindenhahn
Halle's.**

Königsstrasse 8. — Forsterstrasse 39.

Schmiedeeiserne gewalzte

I Träger. I

Säulen

aus Schmiede- u. Gusseisen.

Eisenbahnschienen.

Antertigung

von

Eisenconstructionen; Gewächshäusern

Stalleinrichtungen aller Art:

zu billigsten Preisen

Kostenanschläge gratis!

Porz.-Meister

empfiehlt à Dutzend 55 A

Niederlage der Lettiner Porzellan-Manufactur,
Halle a. S., Poststraße 12.

Halle, Charlottenstr. 5

Kostfreie mündliche
Ankünfte ertheilt
der Verband
der Ver-
eine
den
Reisenden
seiner Mitglie-
der an allen Verei-
nplätzen. 300 Vereine!

Bevollm. Emil Haussier

Pianos, Harmoniums
zu Fabrikpreisen, Theilz., 10jähr.
Garantie. Free-Frobenstimmung be-
willigt. Preisliste und Zeugnisse
sich zu Diensten. Pianofabrik
Georg Hoffmann, Komman-
dantentstr. 20. Berlin SW. 19.

Fabrik v. Kautschukstempel
gr. Schlamme 4.
Alfred Plautsch, Halle a. S.

Wer keine Badeeinrichtung hat,
schreibe an die Hof. Fabrik L. Weyl,
Berlin W. 41. Preisreduktion gratis.

Briefmarkensammlung
zu kaufen gerührt.
W. Cohn, Berlin, Luckauerstraße 9.

Zappendorf.
Sonntag den 22. d. M. von Abends
7 Uhr an großes Gefangs-Concert
des Langenbögner Gefangs-Vereins
„Harmonie“, wozu freundlich ein-
ladet
A. Knof.

Haltenmark.
Sonntag den 22. Februar Masken-
ball, wozu ergebenst einladet
Der Kriegerverein.

Cachemires, Fantasiestoffe,
schwarz und farbig, schwarz und farbig,
Tricottailen, Jackets,
schwarz und farbig, schwarz und farbig,

empfiehlt in
großen
Sortimenten
recht
preiswerth

Alex Michel

kleinschmieden 45.

Dannendecken, Steppdecken, Reisedecken, Wollene Schlafdecken und Pferddecken

empfiehlt in reicher Auswahl

H. C. Weddy-Poenicke.

Für den Inseratentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Geidel.